

**Bezugspreis:**  
 Vierteljährlich 1,50.— M., monatlich 50.— M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 50.— M., einjährig für Deutschland, Dänemark, Saar- u. Rheinland, sowie Österreich u. Luxemburg 64.— M., für das übrige Ausland 102.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Island, Finnland, Frankreich, Holland, Letland, Litauen, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.  
 Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wort und Bild“, der Unterhaltungsbeilage „Reiseweit“ und der Beilage „Erholung und Sportarten“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphisch-Abkürzung:  
**„Sozialdemokrat Berlin“**

# Vorwärts

Berliner Volksblatt  
 Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
 Die einpaltige Kompattezeile kostet 16.— M., Restzeile 90.— M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 4.— M. (zulässig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 2.— M. Streifenzeilen und Schloßzeilenanzeigen das erste Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 2.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 2.— M.  
 Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
 Fernsprecher: Redaktion Morinplatz 151 93—97  
 Expedition Morinplatz 117 53—54

Montag, den 19. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
 Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Morinplatz 117 53—54

## Brotwucher für Minderbemittelte!

Ein Angstmanöver der Deutschnationalen.

Das entschiedene Eintreten der Sozialdemokratie für die Beibehaltung der Getreideumlage, ihre Ankündigung, bei Ablehnung dieses notwendigsten Hilfsmittels für die Minderbemittelten der Regierung einen Volksentscheid anzubieten und Reichstagsneuwahlen herbeizuführen, hat in bürgerlichen Kreisen eine Panik hervorgerufen, die deutlich zeigt, wie schwach die Position der Anhänger des unbegrenzten Brotwuchers ist. Einige linksstehende Blätter haben bereits den Demokraten und dem Zentrum gut zu, durch einhelliger Stimmabgabe die Umlage zu retten. Am größten ist die Angst aber bei den Deutschnationalen, die zwar bei den letzten Reichstagswahlen unter der Parole des „freien Handels“ in den Städten eine erhebliche Wählerzahl gemustert haben, deren Anhänger aus Verbraucherfreisen nun aber durch zweijährige Erfahrung überreichlich darüber aufgeklärt sein dürften, wohin sie durch den freien Handel (lies: unbegrenzten Wucher) geführt worden sind. Die Deutschnationalen wissen, daß bei einer Reichstagsauflösung und Neuwahl unter der Parole „Billiges oder teures Brot?“ sich ihr städtischer Anhang wie Schnee an der Sonne verflüchtigen wird, daß sie zu einer reinen Großagrarpartei herabsinken würden. Deshalb suchen sie im letzten Augenblick der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen. Unter der irreführenden Ueberschrift „Hilfsaktion für Minderbemittelte“ veröffentlicht die „Deutsche Tageszeitung“ folgende Interpellation der deutschnationalen Reichstagsfraktion:

Die Entwindung der Kosten der Lebenshaltung führt, besonders für alle die Kreise des deutschen Volkes, die infolge Alters, Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit nicht in der Lage sind, sich den Lebensunterhalt durch gewinnbringende Tätigkeit zu erwerben, zu unerträglichen Verhältnissen und hat jetzt schon Klein- und Sozialrentner, Kriegbeschädigte, Witwen und Waisen in namenloses Elend gestürzt.

Der Versuch, diesen Verhältnissen durch eine Verbilligung des Brotpreises im Wege der Getreideumlage zu begegnen, kann nicht zum Erfolg führen. Es handelt sich nicht um einen solchen, der nur eines Jahres, sondern um einen solchen, der eine längere Reihe von Jahren andauern wird, bis der wesentliche Grund der Geldentwertung, der Vertrag von Versailles und seine Folgeerscheinungen beseitigt sein werden.

Die Landwirtschaft hat dank der Mitwirkung ihrer Organisationen die Post der Broterbilligung im Erntejahre 1920/1921 getragen, da sie hoffen konnte, durch bereitwillige Erfüllung der Ge-

treideumlage von den Fesseln der Zwangswirtschaft endgültig befreit zu werden. Der Landwirtschaft auch für das kommende Erntejahr und darüber hinaus für künftige Jahre eine solche Last aufbürden zu wollen, müßte zu einer Schwächung des landwirtschaftlichen Betriebskapitals und in deren Folge zu einem verhängnisvollen Rückgang der landwirtschaftlichen Erzeugung und zu weiterer Verschärfung der Ernährungsfrage führen. Diese Entwicklung würde noch verstärkt werden, wenn, wie öfters behauptet worden ist, durch unverantwortliche Elemente Getreide ins Ausland verschoben würde.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun:

1. um die Lebenshaltung der minderbemittelten Kreise planmäßig zu sichern?
2. um etwaigen Versuchen der Verschlebung von Getreide ins Ausland mit den schärfsten Mitteln zu begegnen?

Diese Interpellation ist ein Konstrukt aus verlogener Heuchelei. Sie bekämpft das Umlageverfahren, d. h. sie verweigert das einzig wirksame Mittel, das die Ernährung der minderbemittelten Bevölkerung sichert, um damit mit scheinheiliger Bezeichnung zu fragen, was die Regierung für ebendiese Minderbemittelten zu tun gedenkt. Diese Unverantwortlichkeit ist beispiellos. Die Deutschnationalen nehmen der Regierung die Schlüssel zum Brotschrank weg und mahnen sie dann, der minderbemittelten Bevölkerung doch ja Brot zu geben! Die Angst der Deutschnationalen vor Neuwahlen muß wahrhaft riesengroß sein, wenn sie mit diesem durchsichtigen Manöver noch ihren Anhang in Verwirrung zu versetzen versuchen.

Die Angst spricht auch aus dem Kommentar der „Deutschen Tageszeitung“, die allen ernstes die Behauptung serbiert, daß die Sozialdemokratie mit der Drohung eines Regierungsaustrittes „bereits die parlamentarisch-demokratischen Formen verlassen habe“. Ebenso widerspricht nach Ansicht des Agrarierorgans eine Reichstagsauflösung dem demokratischen Prinzip. Für solche Wahnideen gibt es nur den einen Widerungsgrund, daß diese Herren eben nie gemerkt haben, was Demokratie ist und es auch heute noch nicht wissen.

In jedem Fall sind wir für das deutschnationale Angstmanöver dankbar. Es schafft Klarheit über die Situation, es enthüllt die schlotternde Angst der Reaktion vor Neuwahlen um die Parole „Für oder gegen den Brotwucher“, es beweist uns, daß bei Festigkeit in dieser Frage der Sieg den arbeitenden Massen des Volkes verbleiben wird.

land vernichte, aber es müsse auch die finanzielle Lage Frankreichs in Betracht gezogen werden.

### 2 1/2 in Karlsbad.

Die Leitung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (I.A.G.S.P.) hat in Frankfurt a. M. am 15. Juni beschlossen, eine internationale Konferenz der ihr angeschlossenen Parteien nach Karlsbad auf den 16. September 1922 einzuberufen.

### Ein gewerkschaftlicher Beamtenbund.

Am Sonntag vormittag wurde in Leipzig in Gegenwart von 62 Beamtenvertretern, die 13 Beamteneverbände vertreten, die Gründung eines „Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes“ vollzogen. Im Anschluß an diese Gründungsitzung fand im Kristallpalast eine große Sympathie Kundgebung der Leipziger Beamenschaft für die neue gewerkschaftliche Beamtenorganisation statt, in der Renne (Reichsgewerksch.), Kohler (Deutscher Eisenbahnerverband) und Händel (BUND) referierten. Zustimmungserklärungen zu der neuen Gründung gaben ab: Der Bezirk Berlin des Verbandes der Post- und Telegraphenbeamten, zugleich für den Bezirk Hamburg, der Verband der Justizbeamten, Vertreter der Bankangestellten und der Reichsverband der Verwaltungsbeamten. Genosse Steinkopf begrüßte die neue Gründung, der er sich zur Verfügung stellte. Schumann vom A.D.G.B. erklärte, daß die Gründung ohne Zutun des A.D.G.B. erfolgt sei. Aushäuser vom A.F.B.-Bund wandte sich gegen diese Erklärung. Reumann vom Verband der Berufsfeuerwehrleute sprach sich für den neuen gewerkschaftlichen Beamtenbund aus.

Am Sonntag nachmittag fand eine interne Sitzung statt, in der die notwendigen Formalitäten erledigt wurden. Ob sich der Gewerkschaftskongress mit dieser neuen Gründung beschäftigen wird, steht zurzeit noch nicht fest.

Herz u. Co. im Dienst des Smects. Nach der „Rheinischen Zeitung“ erscheint das Blatt des Hochverrats Smects seit Donnerstag wieder. Als Drucker hat er nach langen Bemühungen die Firma Herz u. Co. in Köln, den früheren Verlag des Kölner Kommunistenblattes „Sozialistische Republik“, gefunden.

## Der Zwiespalt in Italien.

O. L. Rom, den 15. Juni 1922.

Der seit Jahren latente Widerspruch, der in tatsächlichen Fragen zwischen der Parlamentsfraktion und dem Vorstand der Sozialistischen Partei Italiens bestand, ist in diesen Tagen zum offenen Ausbruch gekommen. Parteivorstand und Parlamentsfraktion bewerten die heutige politische Lage verschieden und vertreten eine verschiedene Stellungnahme. Gegenüber dem stetigen Wachsen fascistischer Gewalt und angesichts der fortschreitenden Vernichtung der Gewerkschaftsbewegung glaubt der Parteivorstand keine andere Abwehr anraten zu können, als die des proletarischen Zusammenschlusses gegen den Fascismus, in dem man den Handlanger der einen reaktionären Masse sieht. Die Parlamentsfraktion dagegen ist der Ansicht, daß man dem Fascismus ein wirksames Gegengewicht schaffen könne, indem man eine demokratische Regierung gegen die reaktionären Elemente in Schutz nehme. Um aber einem Ministerium zur Seite stehen zu können in einer Aktion, zu der es keine bürgerliche Mehrheit finden kann, müßte natürlich die sozialistische Fraktion für dieses Ministerium stimmen können, was sie, den Beschlüssen des Parteitages von Mailand gemäß, heute nicht tun kann.

Als Anfang dieses Monats die fascistische Gewalt in der Provinz Bologna ihren Höhepunkt erreicht hatte, nahm die sozialistische Parlamentsfraktion mit leidlicher Mehrheit eine Resolution Zirardini an, die erklärte, eine Regierung zu unterstützen, die die Rückkehr zur Gesehlichkeit gewährleistet, und dies im Anschluß an ein früheres Votum der Generalkonföderation der Arbeit im gleichen Sinne. Auf diese Resolution hin trat zunächst der Parteivorstand zusammen, der beschloß, den Nationalrat der Partei zu hören.

Nun hat der Nationalrat zu der Frage Stellung genommen, ob die durch die fascistische Bewegung und durch die Kollage der Gewerkschaften gezeitigte Lage ein Abgehen von dem intransigenten Beschlüssen des letzten Parteitages rechtfertige oder nicht und hat diese Frage in einer langen Resolution verneint. In dieser Resolution die den Namen Serratis trägt, wird unter Berufung auf den Parteitagsbeschluss erklärt, daß die Zusammenarbeit zu einer Unterwerfung des Proletariats unter die Reaktion führen würde, die Haltung der Parlamentsfraktion wird getadelt, ebenso wie die der Konföderation der Arbeit (Gewerkschaftszentrale) und eine Verflärkung der Einigungsaktion unter dem Proletariat gefordert. Zum Schluss heißt es:

„In bezug auf die parlamentarische Aktion erklärt der Nationalrat in Gemäßheit seiner eigenen und der Parteivorstandsbeschlüsse sowie der Resolutionen der Parteitage, daß die Parlamentsfraktion ein Werkzeug der sozialistischen Partei in der gesetzgebenden Körperschaft ist, der nicht die Auslegung der Parteitatspolitik, sondern nur ihre Anwendung zusteht.“

Für diese Tagesordnung stimmten in dem gong aus Maximalkisten bestehenden Nationalrat 13 Mitglieber, 6 dagegen, bei 5 Stimmenthaltungen. Trotz der sehr schwachen Mehrheit der Intransigenten wäre die Sache damit vorläufig erledigt gewesen, wenn die Unterwerfung unter diesen Beschluss von der Konföderation der Arbeit auf der einen, der Parlamentsfraktion auf der andern erfolgt wäre.

Was die Konföderation betrifft, so steht diese in keinem Abhängigkeitsverhältnis zur Partei, sondern in dem des Bündnisses und der Arbeitsteilung. Zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung besteht ein Vertrag, kraft dessen die Leitung der politischen Bewegung der Partei, die der wirtschaftlichen Konföderation überlassen werden soll. Gerade auf Grund dieses Vertrages stellt sich die Konföderation auf den Standpunkt, daß es Aufgabe der Partei gewesen wäre und noch heute sei, die Gewerkschaften gegen die politischen Angriffe der Faschisten zu schützen. Um zu entscheiden, ob nach dem Votum des Nationalrates, der die Vorschläge der Konföderation ablehnt, das Bündnis zwischen Gewerkschaften und Partei aufrecht zu erhalten sei oder nicht, hat die Konföderation ihren Nationalrat zum 3., 4. und 5. Juli nach Genua einberufen.

Während sich so die Gewerkschaftsbewegung an ihre Mitglieder wendet, um von ihnen Befehlingen zu empfangen, hat sich die Parlamentsfraktion, die ja unmöglich an ihre Wähler appellieren kann, zu einem tatsächl. sehr diskutierbaren Schritt entschlossen: sie hat sich für autonom erklärt, die Anfang dieses Monats angenommene Tagesordnung Zirardini für die Zusammenarbeit bestätigt und beschlossen, für diese ihre durch Ausnahmeverhältnisse gezeitigte Haltung dem Parteitages Rechenschaft abzulegen. Diese Resolution wurde mit 33 gegen 14 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen angenommen. Darauf hat die unverföhnliche Minderheit der Fraktion durch den Genossen Bella die Erklärung abgegeben, in der Parlamentsfraktion zu verbleiben, bis zur Anwendung der neuen Taktik, sich aber am Tage dieser Anwendung scharf von ihr zu scheiden, und die Fraktionsmehrheit von diesem Tage an offen zu bekämpfen.

Wir stehen also mitten in dem alten ewigen Kampf zwischen der Rechten und der Linken in der Partei, der wieder

## Die Internationale in London.

London, 19. Juni. (E.P.) Au dem Kongress der 2. Internationale, der gestern eröffnet wurde, nehmen etwa 30 Delegierte teil, und zwar aus England, Frankreich, Belgien, Holland, Deutschland, Dänemark, Schweden und Georgien.

London, 19. Juni. (W.T.B.) Henderson eröffnete gestern die Konferenz der Zweiten Internationale mit einer Ansprache, in der er ausführte, die Einigkeit der arbeitenden Klassen der Welt werde in mehreren Ländern durch die Rote Internationale bedroht. Der Gegensatz zwischen den englischen Arbeitern und den russischen Kommunisten sei der Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur. Die Kommunisten verachteten die Freiheit der Rede, die Freiheit der Presse und die Freiheit der Wahl. Solchen Angriffen auf die persönliche Freiheit werde die englische Arbeiterklasse stets Widerstand entgegenzusetzen. Gegenwärtig sei die Einigkeit unter den arbeitenden Klassen besonders dringlich. Dennoch seien die arbeitenden Klassen niemals mehr gespalten gewesen als gerade jetzt. Mit den gegenwärtig herrschenden Spaltungen unter ihnen würden sie als internationaler Faktor machtlos bleiben.

Nach einer Reutermeldung hat die Konferenz einstimmig eine Entschließung angenommen, in der gegen die Methoden der Sowjetregierung gegenüber den Sozialrevolutionären und gegen die Art und Weise protestiert wird, in der der Prozeß gegen diese geführt werde. Sämtliche Arbeiterorganisationen werden dringend aufgefordert, gegen jedes Todesurteil zu protestieren.

In der Nachmittagsitzung der Konferenz führte der deutsche Vertreter Wels in Erwiderung auf die oft aufgeworfene Frage, ob Deutschland eine Demokratie oder eine Republik sei, aus, die Demokratie sei in dem besten Deutschland vollkommener aufrecht erhalten worden, als in irgendeinem der Siegerstaaten. Er erklärte, eine neue Krise könnte in jedem Augenblick infolge der Reparationsfrage ausbrechen. Obwohl die Arbeitslosigkeit gering sei, und das Volk in Deutschland nur die Befriedigung der notwendigsten Lebensbedürfnisse suche, habe doch das Elend einen Punkt erreicht, der nicht überschritten werden könne. Die Reparationsforderungen drückten die deutschen Arbeiter tatsächlich zu der Stellung von Sklaven hinunter.

Der französische Delegierte Brunel sagte, die Politik Frankreichs dürfe nicht imperialistischen Wünschen oder militaristischen Tendenzen zugesprochen werden. Es sei anzuerkennen, daß die Reparation nicht dadurch gesichert werden könne, daß man Deutsch-

mit den alten Argumenten von der Interessengemeinschaft des Proletariats mit einem Teile der Bourgeoisie und dem Gegenpart der „einen reaktionären Masse“ ausgefochten wird. Aber leider ist es diesmal kein Wortgefecht, in dem Ströme von Tinte fließen. Während man distanzierter, flüchtiger in den Tinten, brennen die Häuser unserer Organisationen, fühlen sich die Arbeiter auf dem Lande wehrlos und unverteidigt einer außerhalb des Gesetzes stehenden aber von den Behörden gebildeten Reaktion ausgeliefert. Man diskutiert zwischen der Rechten und der Linken über das „Wie“ der Hilfe, aber inzwischen geht der Schrei um Hilfe, dringend, vorwurfsvoll, voll von jenem kindlichen Staunen des getäuschten Vertrauens der Vielen, die in der starken mächtigen Partei eine feste Schutz- und Wehr zu haben glauben.

Im Grunde sind es zwei verschiedene Formen von Verantwortung, die mit einander ringen.

Die Linke in der Partei sagt sich: es geht alles drunter und drüber, das Schiff ist leak, die Bourgeoisie kann und will die Lasten des von ihr gewollten Krieges nicht tragen und sucht sie auf das Proletariat abzuwälzen: warum sollen wir gerade in einem solchen Augenblick die Verantwortung für die Not des Landes vor den Massen übernehmen, warum sollen wir dem Proletariat beweisen, daß unsere Partei auch keinen Ausweg findet? Warum sollen wir der Bourgeoisie zur Hilfe eilen und noch dazu unser Ansehen bei den Massen dabei aufs Spiel setzen. Es ist besser für das Proletariat, es hält die heutige Verfolgung aus und bewahrt sich den Glauben an die Partei, die keine Verantwortung für die Notlage hat, für eine Notlage, die nichts ist als eine Folge des von der Partei nicht gewollten Krieges.

Die Rechte dagegen glaubt, daß in der Möglichkeit, der heutigen Not des Proletariats zu steuern, auch die Verantwortung der Partei für diese Not eingebettet läge. Sie ist sich sehr wohl bewußt, daß der Augenblick der denkbar ungünstigste ist für eine Beteiligung irgendwelcher Art an der Regierung, daß viele der Probleme des Landes — des der Arbeitslosigkeit, des Defizits des Staatshaushalts, der sinkenden Produktion und der wachsenden Lebensmittelpreise — fast ganz dem Einfluß der Regierung entrückt sind. Aber die Rechte sagt sich: wenn wir den Elementen der Bourgeoisie Zugang leisten, die auf die Wiederherstellung der Gesetzsmäßigkeit und auf eine Sanierung der Wirtschaft hinzuwirken bereit sind, so vermögen wir die Not der Massen, denn wir ermöglichen eine Steuerpolitik, die den Besitz und nicht die Produktion und den Konsum zu Leistungen heranzieht. Wir sehen der faktischen Gewalt wenn nicht ein Ende, so doch gewisse, allmählich enger zu ziehende Grenzen, wir mildern die Arbeitslosigkeit, indem wir öffentliche Arbeiten unternehmen lassen, nicht als Notstandsarbeiten zu politischen Zwecken, sondern Arbeiten, die die Produktion heben. Wenn eine solche Aktion unserer Partei die Massen enttäuscht, weil sie das tausendjährige Reich erwarteten, so müssen wir die Massen darüber belehren, daß ihre Illusionen falsch war. Wir müssen ohne große Versprechungen gegenüber dem Proletariat verfahren, die nicht reaktionären Elemente des Bürgertums gegen die nationalstafische und agrarische Reaktion zu unterstützen.

Wohl antwortet die Linke: mit wem wollt Ihr denn ein Bündnis eingehen? Es will Euch ja niemand. Da ist schon ein großes Korn Wahrheit drin, aber gerade die Intransigenten sollten dieses Argument nicht gebrauchen. Wenn die sozialistischen Mitarbeiter erst heute angeboten wird, wo sie tatsächlich mit einem viel geringeren Rückhalt proletarischer Macht auftreten kann, so sind daran ausschließlich die Intransigenten schuld, die die Fraktion verhindert haben, ihr Gewicht in die politische Waagschale zu werfen, zu einer Zeit, als es noch ein gewichtiges, ausschlaggebendes Gewicht war.

Heute ist viel verloren und wenig zu retten. Die Linke meint, dieses Wenige verlöre es nicht, darum das Prestige der Partei aufs Spiel zu setzen; die Rechte dagegen glaubt, daß ein Verharren in der heutigen Passivität die Partei um jedes Ansehen bei den Massen bringen müsse und zur Lösung der Konföderation, vielleicht zur Gründung einer Arbeitspartei nach englischem Muster führen würde.

Der Parteivorstand hat die Einberufung eines außerordentlichen Parteitag beslossen. Inzwischen wird die Konföderation durch ihren Nationalrat ihre Haltung festlegen und die Parlamentarierfraktion, im Gegensatz zum Parteivorstand, eine parlamentarische Politik treiben, die ihr die Unterführung eines Kabinetts freistellt. In der Absicht besteht der Disziplinbruch schon durch die Selbständigkeitsklärung der Fraktion; ob er zur Tatsache werden wird, hängt jetzt von der allgemeinen politischen Lage ab.

### Marlohs Helfershelfer.

Ein Kochspiel zu dem Marloh-Prozess bildete eine Verhöhnung vor dem Kammergericht in einem Strafprozeß, welcher gegen die Leutenants Hoffmann und Wehmeyer schwebte. Es war ihnen zur Last gelegt worden, sich gegen die Vorschriften des Militärstrafgesetzbuchs vergangen zu haben, indem sie dem Oberleutnant Marloh Beihilfe zur Entfernung von der Fahne geleistet haben. Auf Veranlassung ihres Vorgesetzten, des Hauptmanns von Kessel, hätten H. und W. dem Oberleutnant Marloh 5000 M. und Ausweispasspässe ergeben, damit er aus Berlin verschwinde. Zur kritischen Zeit hatte der Gerichtsherr gegen Marloh einen Haftbefehl erlassen. Auf die gegen H. und W. erhobene Anklage behaupten sie,

auf Dienstbefehl ihres Vorgesetzten

gehandelt zu haben, welcher ihnen erklärt habe, Marloh müsse im väterländischen Interesse verschwinden; W. wies insbesondere darauf hin, daß sein Vorgesetzter von den Geschworenen freigesprochen worden sei; er selbst könne mithin auch nicht verurteilt werden. Das Landgericht erkannte aber gegen jeden Angeklagten auf sechs Wochen Festungshaft und betonte, die Angeklagten haben gewußt, daß es sich um ein militärisches Vergehen handelte, dessen sie sich schuldig machten; dem Befehl des Hauptmanns von Kessel haben sie nicht nachkommen dürfen. Gegen ihre Beurteilung legten H. und W. Revision beim Kammergericht ein und erklärten, sie könnten nicht verurteilt werden, wenn sie den Befehl ihres militärischen Vorgesetzten befolgt hätten. Der Vertreter der Generalkontostanzwalschafft beantragte die Zurückweisung der Revision und ging davon aus, daß es sich nicht um einen Befehl in einer dienstlichen Sache handelte, welchen die Angeklagten hätten befolgen müssen; es sei vielmehr anzunehmen, daß die Angeklagten dem Oberleutnant Marloh Beihilfe zur unerlaubten Entfernung von der Fahne geleistet haben. Das Kammergericht hob die Vorentscheidung auf und wies die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an ein anderes Landgericht zurück, indem geltend gemacht wurde, die Angeklagten haben sich zwischen zwei Feuer befunden; einerseits wußten sie, daß der Gerichtsherr einen Haftbefehl gegen Marloh erlassen habe; andererseits waren sie von ihrem Vorgesetzten, dem Hauptmann von Kessel, aufgefordert worden, Marloh verschwinden zu lassen, da es im väterländischen Interesse liege, wenn Marloh zeitig nicht abgeurteilt werde. Es müsse geprüft werden, ob sich die Angeklagten unter den obwaltenden Umständen haben

für beugt erziehen können.

Marloh zur Flucht zu verhelfen, und haben annehmen können, im Hinblick auf das väterländische Interesse keine strafbare Handlung zu begehen.

Hoffmann und Wehmeyer werden nun natürlich freigesprochen werden. Unseze Feststellung, daß die Justiz unter irgendwelchen Vorwänden reaktionäre Verbrecher einfach nicht bestraft, findet in der Entscheidung des Kammergerichtes eine erneute Stütze. Ob die Herren wie in Viegny's Kanonen stöhnen, ob sie, wie im Fall Marloh, stiefbüchsenmäßig Verfolgung zur Flucht verheissen — immer entdeckt die Justiz eine Hintertür, durch die auch bei ganz offensichtlich Vergehen die Angeklagten entlassen. Es gehört ja schon allerhand dazu, in der Flucht des Matrosenmörders Marloh ein „väterländisches Interesse“ zu sehen. Aber selbst dann: Nach welcher Bestimmung des Strafgesetzbuches sind im väterländischen Interesse begangene an sich strafbare Handlungen straffrei? Was den Befehl des Vorgesetzten anbelangt, so muß doch entweder der Vorgesetzte oder der Untergebene (wenn nicht beide) die Verantwortung für die Tat tragen. Die Justiz aber entscheidet dahin, daß der Vorgesetzte straffrei ist, weil er die Tat nicht persönlich ausgeführt, der Untergebene, weil er dem Vorgesetzten gehorcht hat. Im äußersten Falle wird ein „Mißverständnis“ zwischen beiden konstruiert. Und bei dieser Art Rechtsprechung wundern sich die Herren, daß die Entrüstung gegen sie zur Riesenhöhe anwächst!

### Das Reparationsabkommen.

Der Auswärtige Ausschuh des Reichstages und der Ausschuh zur Ausführung des Friedensvertrages tagte heute vormittag in gemeinsamer Sitzung, um über den Wiesbadener Vertrag, das Benehmans-Abkommen und die im Anschluß an das Benehmans-Abkommen getroffenen Vereinbarungen mit Frankreich, das sogenannte Millet-Abkommen, zu beraten. Staatssekretär Müller vom Ministerium für Wiederaufbau und Geheimrat Cunze legten ausführlich die Bedeutung der Abkommen dar. Helfferich (Dnat.) griff die Abkommen scharf an und betonte, daß sich die Reparations Schuld Deutschlands für das Jahr 1923 durch die an Frankreich laut Wiesbadener Abkommen zu leistende Bevoorschaffung um etwa eine halbe Milliarde erhöhe. Der dem Reparationsverfahren dienende Handelsverehr werde den freien Handelsverehr schwer schädigen. Die Einwände des deutschen Nationalen Redners wurden von den Regierungsvertretern zurückgewiesen. Dauch (D. Sp.) schloß sich zum Teil den Bedenken Helfferichs an und bezieht sich die Entscheidung seiner Fraktion bei der Abstimmung im Plenum vor. Stampfer (Soz.) kündigte die Annahme der Verträge durch die sozialdemokratische Fraktion an, da diese Verträge in der Richtung der von der Regierung bisher verfolgten und von der sozialdemokratischen Partei für richtig gehaltenen Politik lägen. Zur Mittagsstunde sprach Reichner (Dnat.).

### Deutscher Gewerkschaftskongress.

Liepzig, 18. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Zur Tagung des 11. Gewerkschaftskongresses ist bereits die Mehrzahl der Delegierten sowie eine große Zahl von Gästen hier eingetroffen. Der am Montag erfolgenden Eröffnung des Kongresses ging am Freitag und Samstag eine Sitzung des Bundesauschusses des ADGB voraus. Am Sonntag fanden vorbereitend: Lesprechungen verschiedener Berufsverbände statt.

Nach den bisher möglichen Berechnungen gehören von den 673 Delegierten den verschiedenen Parteien an: der SPD. 442, der USV. 129, der APD. 80 Delegierte. Von 42 Delegierten steht die Parteizugehörigkeit noch nicht fest. Durch eine unabhängig-kommunistische Wehrheit sind in Leipzig vertreten die Verbände der Metallarbeiter, Textilarbeiter und Fäbner.

Als Vorsitzende des Kongresses werden vom Bundesauschuh vorgeschlagen: Leipzig (ADGB), Reichelt (Metallarbeiter) und Paepfom (Bauarbeiter). Da zu diesen Vorschlägen auch die unabhängigen Mitglieder des Ausschusses ihre Zustimmung gegeben haben, kann mit ihrer Wahl gerechnet werden.

### Die Eröffnungssitzung.

Liepzig, 19. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Bundesvorstand Leipzig eröffnet den Kongress und feiert das Andenken Legiens sowie das der übrigen während der Reichszeit verstorbenen bekannten und unbekanntem Gewerkschaftskämpfer. Er erinnert, daß unter Theodor Dork vor fünfzig Jahren in Erfurt die erste Zusammenfassung der damals bestehenden Gewerkschaften beschlossen wurde.

### Rechtsholshewistische Sowjetpropaganda.

Hamburg, 19. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der Nacht zum Sonntag explodierte in der Wohnung des Kommunistenführers Thaelmann eine mit Selbstbinder versehene Handgranate. Käufer gerümpelten Schelten und Festerrahmen richtete sie weder Sach- noch Personen Schaden an, da Thaelmann nicht zu Hause war. Das Material ist die Krönung von Dummengestalten, die in den letzten Wochen von Unbekannten gegen die Kommunisten, ihr Zeitungsgeschäfte, ihre Buchhandlung und ihren Vorchenden begangen wurden. Reissentils handelte es sich um Leuchttürme und sehr primitiv angefertigte, mit Schwärzpulver gefüllte Sprengkörper. Da bei all diesen Akten noch niemals ein bemerkenswerter Schaden geschahen ist und lediglich der kommunistischen Presse dadurch Anstoß gegeben wurde, mit immer bewußtlicheren Aufweisen zu einer Aktion des gesamten Proletariats gegen die Reaktion aufzubrechen, stand man bisher in Hamburg diesen Subversiven recht skeptisch gegenüber. Das neueste Material gegen Thaelmann scheint jedoch darauf hinzuweisen, daß sich die Salanten mit erneuten Absichten tragen und daß so etwas wie eine Falschengefellschaft am Werke ist.

### Menschenbildung und Lebensgestaltung.

Ein kurzer Heftchenbericht der Abgangslage des Bundes entschiedener Schulreformer ist bereits in Nr. 270 gegeben worden. Trotzdem erscheint es notwendig, auf Einzelfragen, die besonders die Jugend interessieren, einzugehen — denn mehr als der dritte Teil der jetzt 1000 Vertreter in Mainz waren Jugendliche vom Freideutschen Bund (Wanderbund) bis zu den Jungen Anarchisten. Und fast jeder Referent hatte Forderungen an und für die Jugend. Schon bei der Begrüßung am Freitagabend im Mainzer Stadtheater rief der Oberbürgermeister der Stadt auch der Jugend den Weg der Mitte. Am zweiten Tage war es Friedrich Wilhelm Förster, der diesen Weg in seinem Referat „Die politische Erziehung der Jugend“ wies — Ausführungen, welche uns Jugendliche enttäuschen mußten. Schon seine Grundvorlesung, daß der weitaus größte Teil der deutschen Jugend nichts von Staat, nichts von politischer Erziehung wissen will, war falsch. Die Arbeiterjugend, Jungsozialisten und Jungen Anarchisten, der sozialistische Studentenbund, der demokratische Jugendbund, der Jugendbund „Schwarz-Rot-Gold“ bewiesen des Gegenteil — na, und die treuherzigen, värtischen Wanderbündel? Wenn er uns nun gar die Spielkultur der Engländer als Mittel zur politischen Kultur empfiehlt und auffordert, wie die Engländer die „Realität des eigenen Ich“ anzuerkennen (im Jugenalter sollte sprechen, war eins der Beispiele), so muß man dem Jugendführer Ernst Hirt-München recht geben, wenn er in der Debatte zusammenfassend meint: „Förster empfiehlt den Top des Genfermens! Nicht dieser, sondern der Mensch als Ganzes muß sich durchsetzen!“ Bemerkenswert, daß am folgenden Tage ein Berliner Vertreter der Freideutschen Jugend anerkannte, daß gerade in der Arbeiterjugend dieses Ringen um den ganzen Menschen am lebendigsten sei, da leider vielen „bürgerlichen“ Jugendaruppen der zielbewusste Weg fehle. Zu verwundern ist es eigentlich nicht, denn was soll aus der Jugend werden, die im Volkstonat in einer monarchistisch-fapitalistischen Schule gedrillt wird? (Anna Stiefen am 3. Tage.) Jugend, bist Du selber, Deine Schule bauen! — Das war der Grundton der Ausführungen von Erich Wendobogen, Walter Fabian, Erich Mohr, Hugo Bogeler-Warpswede, Max Lepp-Hamburg u. a. m. Genosse Dr. Komereu hatte zuvor den Top des schäpferisch-fruchtbarsten erotischen Anwandens gezeigt, der nicht mehr im Meer das Ziel des Lebens sieht, sondern in der Verlobung jugendlichen Eigenlebens. Und ich fügte hinzu: Nicht nur Verlobung unserer Idee, sondern den Mut zur unbedingten Konsequenz, Opfer bis zur Selbstvernichtung, sei es im Elternhaus, im Freundeskreis oder in der Schule. Dr. Bobbe-München zielt am Schluß der Tagung mit den Ausführungen seiner Schüler, daß auch die Frage bisheriger Körpererziehung verlassen werden müssen. Turnen und Sport in heutiger Art widersprechen zum Teil dem physikalischen Grundverständnis, sie sind oft mechanisch-militaristischer Naturdrill. Bede muß mit seiner Lehre von der Bewegung, mit seiner Ausdrucks gymnastik dem Boden und der Kunst dienen, nur: Wege zu natürlicher Körpererziehung zeigen. Die Vorkämpfer selbst sehen allerdings erkennen, daß keine Art nicht immer naturgemäß ist, wenn auch anerkannt werden muß: Es

ist ein Weg zur Befreiung der jugendlichen Seelen. Pflicht ist es nun, von uns selbst aus weiter zu gehen, Pflicht der sozialistischen Jugend besonders, die noch immer in kapitalistischer Feuerarbeit ihr Leben fristen muß.

Adolf Koch.

Der „Vollgewissenstopf“. Die neuen Geldscheine, die gegenwärtig in der Reichsbankerei hergestellt werden, haben zum Teil im Publikum Anstoß erregt. Romantisch der 10 000-Mark-Schein erwachte bei einigen Mikroskopischen den Verdacht, der darauf abgebildete „Vollgewissenstopf“ solle eine Verhöhnung der Reichsregierung bedeuten. Dazu können wir folgendes mitteilen. Die Scheine wurden wegen der dringenden Papiergeldnot so rasch als möglich angefertigt werden. Auf Porträtsköpfe konnte man aus fertigungstechnischen Gründen nicht verzichten. Neue Entwürfe hätten zu viel Zeit in Anspruch genommen. Daher entwarf man sich, Bildnismotive alter deutscher Meister als Vorlagen zu benutzen; Holbeins berühmten „Raummann Gesche“, dessen Original in unserem Kaiser-Friedrich-Museum hängt, Gemälde von Georg Benez, Limberger u. m. Der „Vollgewissenstopf“ auf dem 10 000-Mark-Schein aber ist nichts anderes als eine Reproduktion von Dürers Porträt seines Bruders. Daß die Wahl einer nationalistischen Verulkung der Reichsregierung ausgeschlossen ist, ergibt sich übrigens schon aus der Tatsache, daß bei der Auswahl der Vorlagen nicht nur der durchaus reizmögliche Reichskunstabt Redlob, sondern auch Sachverständige mitgewirkt haben, die der sozialdemokratischen Partei angehören.

Der Untergang der Weisköffe. Auf Grund von wissenschaftlichen Versuchen ist von B. Köppf berechnet worden, daß dem deutschen Volksermögen jährlich mindestens 250 Millionen Mark dadurch verloren gehen, daß ein bestimmter Teil der im Inlande verarbeiteten Wolle nach Verfahren geführt wird, die den Rohstoff vorzeitig der Vermeidung anheimfallen lassen (Chrom- oder Beizenstrah der Wolle). Ferner ist von sachverständiger Seite festgestellt worden, daß infolge unangenehmlicher und überspannter Erödmerung der Seide der deutschen Wirtschaft jährlich etwa 100 Millionen Mark bzw. entsprechende Mengen Rohstoff dadurch verloren gehen, daß diese Seidenwaren im Gebrauch oder auf dem Lager vorzeitig vernichtet werden (Binnstrahstrah der Seide). Neuerdings weist Prof. Heermann vom Materialprüfungsamt darauf hin, daß durch unangenehmliche, zum Teil äußerlich sichtliche Wasch- und Bleichverfahren ein erheblicher Teil des Wäschebestandandes frühzeitig vernichtet wird. Auf Grund mehrjähriger, technisch-wissenschaftlicher Versuche hat er ermittelt, daß z. B. eine Tonne aktives Sauerstoffes in den Sauerstoffwaschmitteln im Durchschnitt je 30 Tonnen Baumwoll- und Leinenwäsche durch Sauerstoffstrah vernichtet. Die Lebensdauer der Wäsche könnte also dadurch erheblich verlängert werden, daß nicht bloß bei der Färbereien, sondern auch bei dem Waschen und Bleichen schädliche Stoffe vermieden werden.

Shakespeare als Heiratsermittler. Unter den von Professor Dr. C. W. Wallace aufgefundenen wichtigen Shakespeare-Dokumenten befinden sich, wie wir dem „Wissen“ entnehmen, auch Akten eines Prozesses, in denen der Dichter als Zeuge fungierte, weil er sich vorher als Heiratsermittler hatte verwenden lassen. Shakespeare

lpcare mochte eine Zeilung bei dem Verdienstmacher Chr. Mountjon, zwischen dessen einziger Tochter Mary und einem wie das Kind im Heufe gehaltenen Geliebten Bellott sich ein Einverständnis anknüpfte, das nach dem Willen der Mountjons zur Heirat führen sollte. Da aber Bellott nicht mit der Sprache herausrückte, hat Madame Mountjon ihren Zimmerherrn Shakespeare, der Heirat zu vermitteln und darauf hinzuwirken, daß Mary 50 Pfund mitbekomme. Shakespeare nahm sich der Sache an, und am 19. November 1601 wurde die Ehe geschlossen. Aber es kam zu ungeräten Zänkereien zwischen Schwiegerohn und Schwiegereltern, und die Ehe selber war infolgedessen nicht glücklich. Bellott behauptete u. a., er habe die Mühe nicht ausbezahlt erhalten, auch werde es mit der in Aussicht gestellten Gerichts nicht anders werden, weil der Schwiegeronter sehr flott lebe, in der ausgesprochenen Absicht, den Bellotts „nicht einen Groschen“ zu hinterlassen. Schließlich klopte der Schwiegerohn 1612 gegen den Schwiegervater. Am 7. Juli 1612 wurde vom Gericht eine Verlobung an „William Shakespeare, Gentleman“, erlassen, und vier Tage darauf wurde er vernommen, und der Dichter gab den geschilderten Sachverhalt an. Danach hegte Bellott sich während der Zeit seines Dienstes mit geführt, und Mountjon war ihm wohlgesinnt gewesen. Eine andere Frauin, Frau Joan Johnson, „Schwärmersgattin“ und früheres Dienstmädchen bei Mountjons, erklärte: „Der Bellotts veranlaßte einen Mr. Shakespeare, der in dem Hause lag (that laye in the house), den Kläger zu dieser Heirat zu überreden.“ Shakespeare gab gleichfalls zu, daß er die Heirat zustande gebracht habe, aber auf die Höhe der verprochenen Mühe und auf das, was Mountjon sonst an Wohlwollen geben wollte, konnte er sich nicht befinden. Was aus dem Prozeß geworden ist, weiß man nicht, da er der französischen Kirche zur Entscheidung übertragen wurde; aber das ist sicher, daß der Dichter als Heiratsermittler fungierte und dabei im Leben eine weniger glückliche Hand gezeigt hat als in seinen Dramen.

Was wird am meisten auf der Welt gegessen? Auf diese Frage wird man wohl in erster Linie antworten: das Brot. Man wird aber vielleicht im Zweifel sein, ob nicht die Kartoffeln der Menge nach überwiegen. In Wirklichkeit ist es eher der Reis, der am meisten auf der Welt gegessen wird, denn von ihm leben im Orient und in Asien 800 Millionen Menschen, d. h. mindestens so viel wie in allen anderen Erdteilen zusammengekommen. Der Reis verteilt in Asien die Stelle unserer Brotfrüchte und der Kartoffeln.

Die Neue Kunsthaltung. Zeitschrift, 6. Heft vom 21. Juni bis 20. Juli neue graphische Arbeiten von Grete Koch, Raed Grlmann, Karl Kuffel und Will Dingmann.

Die Galerie Goldkowitz und Wallerfeld, Schöneberger Ufer 15, zeigt in ihrer Sommerausstellung Werke von Ebel, Reininger, Pödel, Kandinsky, Kirchner, Nolde und Vochlin.

Ein grüner Diamant. einer der seltensten Edelsteine der Welt, ist bei Dornhof, 100 Welle, wödelich von Kimberley, gefunden worden. Die Karatli befindet sich jetzt auf dem Wege nach England. Als der Stein gefunden wurde, war er über, noch etwa 6 Karat und schien von geringem Wert. Bei näherer Bekanung stellte es sich heraus, daß es sich um einen fehlerlosen imragabrenen Diamanten handelte. Nach dem Schließen beträgt er jetzt noch ein Gewicht von 1 1/2 Karat.



Gewerkschaftsbewegung

Kommunistische Forderungen.

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands teilt mit: Heute wurde hier eine Betriebsrätekonferenz für den mitteldeutschen Bergbau abgehalten...

Bergarbeiterlöhne in Kanada.

M. B. Das kanadische Arbeitsamt veröffentlicht Angaben über die Entwicklung der Löhne im Kohlenbergbau. Diefelben sind in der nachstehenden Uebersicht zusammengestellt.

Table with columns: Region (Newfoundland, Alberta, Vancouver Island), Occupation (Mining worker, Miner, Day worker), and Year (1913, 1919, 1920, 1921).

Auch hier macht sich bereits eine rückläufige Bewegung der Löhne, wenn auch noch schwach, bemerkbar, eine Folge des Zurückgehens der Kleinhandelspreise.

Überbereitete Staatsangestellte.

Die österreichischen Staatsangestellten haben, dem Appell des Bundeskanzlers folgend, auf einen Teil der ihnen laut der Anberziffer zukommenden Bezugserschöpfung für Juni verzichtet.

Ein Stückchen aus Pommern.

In Nr. 267 vom 8. Juni drohten wir unter obiger Ueberschrift eine Notiz, die sich auf das Verhalten des Landrats in Ramin gegen eine Angestellte bezog.

Lohnerhöhung für Tiefbauarbeiter.

Die dem Deutschen Bauarbeiterverband angeschlossenen Tiefbauarbeiter nahmen in einer Versammlung am Sonntag zu dem Ergebnis der Lohnverhandlung mit den Arbeitgebern Stellung.

Die Diskussion gestaltete sich zeitweise zu einer sehr stürmischen. Sie führte zu der Feststellung, daß eine Gruppe im Saale war, die gar nicht zur Mitgliedschaft, sondern zur 'revolutionären Betriebsorganisation' gehörte.

Lohnkrise in der Zigarrenindustrie.

Am 17. und 18. Juni fanden in Eisenach Verhandlungen statt, um die Löhne der in der deutschen Zigarrenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen den Preisverhältnissen anzupassen.

Deutscher Zigarrenarbeiterverband. Versammlung aller Zigarrenarbeiter und technischen Angestellten der Zigarrenindustrie...

2. Gewerkschaftliche Jugendkonferenz.

Leipzig, den 17. Juni.

Als Vertreter des Bundesvorstandes eröffnete Genosse Sassenbach die Verhandlungen mit einem Rückblick auf die erste Konferenz vor neun Monaten in Kassel.

Zu Vorsitzenden wurden Sassenbach-Berlin und Braundmüller-Stuttgart gewählt. Auf die Tagesordnung der nächsten Konferenz soll die Agitation unter den weiblichen Jugendlichen...

Den Bericht des Jugendsekretariats des A.D.B. gab der Sekretär Genosse Raschke, Berlin. Von der Berichtserstattung wurden 552 858 Jugendliche erfaßt.

In der Diskussion wurden eine Reihe Jugendfragen - Fortbildungsschulwesen, Jugendfürsorge, Jugendpresse - erörtert. Der Antrag auf Aufnahme der kommunistischen Jugendorganisation in den Reichsausschuß der Arbeiterjugendorganisationen...

Die Neugestaltung des Lehrlingsrechts

und die notwendigen Änderungen der Gewerbeordnung. Zunächst berichtet die Mandatsprüfungskommission, daß 66 Vertreter der Zentralverbände...

Der Berichterstatter A. Meißner, Berlin betont zunächst die Reformbedürftigkeit des geltenden Lehrlingsrechts, insbesondere in der Gewerbeordnung...

Als dritten Punkt folgte ein Referat über Lehrlingsstätten von Ingenieur H. Fröhlich, Berlin. Redner behandelte die verschiedenen Arten der Lehre und bezeichnete als ideale Schule der sozialen Erziehung die Industriehochschule.

Reichsbahn und größeren Industrieunternehmen. Doch wo viel Licht, sei auch Schatten. Die Werkschule führe leicht zur Einseitigkeit, die Freizügigkeit werde eingeschränkt...

Damit waren die Verhandlungen des ersten Tages beendet. 2. Verhandlungstag.

Zunächst wurde eine Protestresolution gegen die Verhaftung von Kern-Stuttgart, die aus Anlaß des Metallarbeiterstreiks erfolgte, zur Kenntnis genommen.

Die Diskussion über die Lehrverhältnisse war eine äußerst rege und förderte viele instruktive Gesichtspunkte zu Tage.

Zum Programm für die gewerkschaftliche Jugendarbeit spricht Dr. Löwenberg. Die Gewerkschaften seien vor neue Aufgaben gestellt, deren Wesen man zunächst erkennen müsse.

Die Musterlehrlinge für die gewerkschaftlichen Jugendstättchen erläutert Bleich (Eisenbahner) Berlin.

Nachmittags Sitzung.

Das Programm für die gewerkschaftliche Jugendarbeit und die Musterlehrlinge für die gewerkschaftlichen Jugendstättchen werden vorbehaltlich der Venderungen, die der Bund evtl. vornimmt, angenommen.

Die Jugendkonferenz richtet an den Gewerkschaftskongress das dringende Ersuchen, mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, den bei den zuständigen Reichsministerien ausgearbeiteten Gesetzentwurf...

Der Gewerkschaftskongress möge allen Gewerkschaften zur Pflicht machen, sich der Jugendklage künftig noch mehr als bisher anzunehmen...

Nach einem Schlusswort schließt Genosse Sassenbach die Konferenz um 5 Uhr nachmittags.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig wärmer, zeitweil heller, aber noch überwiegend bewölkt mit etwas Regen und mäßigen Westwinden.

Geschäftliche Mitteilungen.

Im Internetteil unserer heutigen Ausgabe wird den 'Bornwärdler' Lesern der Besuch des Babes Goldberg (Schlesien) durch die dortige Bodekation empfohlen.

Durch die Königliche Opium-Kommission.

Porath's Kinder- und Krankennahrung ist für jeden Magen- und Darmleidenden ebenso notwendig wie das Salz zur Suppe.

Verantwortl. für den red. Teil: Franz Klob, Berlin-Niessensd. für Anzeigen: Th. Giese, Berlin. Verlag Bornwärdler-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornwärdler-Druckerei u. Verlagshaus Vauk Einger u. Co., Berlin, Lindenstr. 2.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Lindenstraße 83/85.

Zähne von 15 M. Teiltzahl 11/12. M. Teltzahl 11/12. M. Teltzahl 11/12.

37. große Lotterie. 390 000 M., 60 000 M., 40 000 M., 30 000 M., 20 000 M.

Bad Salzbrunn. 1. Schlesien 15. Mal Kalarine Oktbr. Asthma, Grippe, Nieren - Blase, Gicht, Zucker, Steine.

Sibirischer Rasenschnitt. 375. produziert Silberfische 700. Silberfische, Bielfische, Goldfische, Regenwürmer.

Verschiedenes. Botenfrauen und Männer. werden zu den neuen, sehr stark erhöhten Löhnen eingestellt.

Stand-Uhren. eigene Fabrikation, nur erstklassige Messing-Werke, in jeder gewünschten Ausführung.

Zeltungspapier. gehandelt 2x5,50. Dazu: Wälzmaschinen, Druckmaschinen.